



INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI KANTON BERN

VORAB

Gemeinsam unterwegs

Am Tag vor dem 1. August waren meine Frau und ich mit vier Geschwistern, zwischen 9 und 15 Jahren, unterwegs. Alle sehr lebhaft und doch jedes eine Persönlichkeit mit ganz eigener Prägung. Wir kamen am Abend gesund wieder nachhause, trotz einigem Gerangel, und auch ein paar Tränen. Später nur noch wir zwei, aber mit vielen andern, zum grössten Teil uns unbekannt Menschen, auf dem Münsterplatz am kantonalen Gebetstreffen. Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft und Prägung. Musikgruppe, Loblieder, und für uns als von der Landeskirche und der damaligen Evangelischen Gesellschaft geprägte Christen viel Bewegung und Emotionen. Da wurde gesungen, getanzt, da wurden Fahnen geschwungen. Da gab es Menschen, die leise, stammelnd und angestrengt nach Worten suchend, ihre Gebete sprachen und andere, die in der gleichen Zeit zwanzigmal den Vater im Himmel anriefen.

Zweimal am Tag ein Sinn- und Zielbild auch für die Politik: Vier unterschiedliche Kinder, und die gemeinsame Suche durch einen spannenden, und letztlich gut gelungenen Tag. Am Abend etwa 500 Christen auf dem Münsterplatz, stille, laute, junge, alte, tanzende, an den Rollstuhl gebundene, zögernde, übersprudelnde... alle gemeinsam im Beten und Singen.

Wie hat Jesus gesagt: «Das gebiete ich euch, dass ihr euch untereinander liebt» (Joh. 15,17), und später hat er den Vater mehrmals gebeten, dass wir eins sein sollen.

Wenn wir als Mitglieder und Politiker der EVP diese Weisungen und Bitten Jesu ernst nehmen, setzen wir auch in allen unvermeidbaren politischen Auseinandersetzungen, ja Kämpfen, ein ermutigendes Zeichen.

Fritz Niederhauser, Konolfingen

Werden Sie EVP-Mitglied!

Haben Sie genug vom gegenwärtigen Politgezänk?

Sehnen Sie sich...

... nach Anstand und Respekt in Politik und Gesellschaft?

... nach sachlichen Argumenten und fairen Diskussionen?

Dann sind Sie bei der EVP an der richtigen Adresse.

Werden Sie Mitglied und tragen Sie dazu bei, dass die christlichen Werte Hände und Füsse bekommen!

Infos: 031 352 60 61 (EVP Kanton Bern)
www.evp-be.ch ⇒ Mitgliedschaft
www.pev-be.ch ⇒ Devenir membre

BETTAGSKONFERENZ

Verschuldung. Wege in die Freiheit.

Samstag, 20. Sept. 2008 im Stadttheater Olten

mit Prof. Prabhu Gupta, Maja Ingold, Pfr. Geri Keller, Peter Siegenthaler, Martin von Känel

Der eidgenössische Betttag ist eine historisch gewachsene Institution. Bereits im 17. Jahrhundert halfen Betttage bahnbrechend mit, weltanschauliche und politische Gräben zu überbrücken. Was zur Zeit der alten Eidgenossenschaft seinen Anfang gefunden hat, besitzt auch in der modernen Schweiz seine Berechtigung.

In diesem Sinne lädt die EVP zur vierten Betttagskonferenz ein. Die diesjährige Fachtagung widmet sich dem Thema der **Verschuldung** und greift damit eine gesellschaftlich wie auch politisch aktuelle Frage auf. Die Kreditkrise in der Bankenwelt, die grassierende Jugendverschuldung, das boomende Kleinkreditgeschäft oder auch die öffentliche Entschuldigung Australiens bei seinen Ureinwohnern sind nur einige aktuelle Beispiele. Die Kultur des Schuldenmachens ist tief in der Menschheitsgeschichte verankert – mit schwerwiegenden Folgen. Es werden nicht nur heute neue Abhängigkeiten geschaffen, sondern auch nachfolgende Generationen finanziell und moralisch belastet. An der Betttagskonferenz der EVP werden vier Aspekte näher betrachtet: internationale, staatliche und private Verschuldung wie auch das persönliche Verschulden gegenüber Gott und den Mitmenschen. In allen Referaten sollen Wege aus der Schuldenfalle in die Freiheit skizziert werden.

GEMEINDEWAHLEN ITTIGEN

«Frischer Wind» in Ittigen?

Frischer Wind bringt Veränderung, wo alte Strukturen den Fortschritt verhindern. Frischer Wind bringt Schwung, wo alte Strukturen festsitzen. Frischer Wind bringt neue Lösungen!

Mit ihrer aktiven Beteiligung an den kommenden Gemeindewahlen in Ittigen vom 9. November 2008 bringt die EVP frischen Wind in die Ittigger Politik.

Einen wichtigen Beitrag zur zukünftigen Entwicklung der Gemeinde Ittigen leistet der Gemeindepräsident. Dort braucht es neue Frische! Mit Lukas Baumgartner kandidiert ein erfahrener, kompetenter und rundum beliebter Gemeindepolitiker für das Amt.

Dank seiner offenen Art und jugendlichen Frische bringt Baumgartner die richtigen Eigenschaften mit. Er will die Herausforderungen für Ittigen mit viel Elan anpacken und kann der Agglomerationsgemeinde neue Perspektiven erschliessen. Mit einem offe-



nen Ohr und einer gehörigen Portion Fingerspitzengefühl nimmt sich Lukas Baumgartner den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner an.

Dabei orientiert er sich bei seinen politischen Entscheiden primär am Menschen als Massstab. Mit seiner Wahl ermöglichen wir in Ittigen frische, realitätsbezogene Lösungen.

In der vergangenen Amtsperiode hat Baumgartner sein politisches Geschick als Vorsteher der Departemente für Soziales und Gesundheit bewiesen. Aufgrund seiner vielfältigen Engagements – im Beruf, im Militär, in Vereinen und privat – ist er der ideale Kandidat: führungserfahren, repräsentativ, krisenerprobt.

Lukas Baumgartner zählt bei den Wahlen vom 9. November 2008 auf Ihre Unterstützung. Gemeinsam können wir in Ittigen etwas bewegen. Sind Sie bereit für einen Wechsel?

GEMEINDEWAHLEN 2008

EVP auf dem Vormarsch

Im kommenden Herbst finden vielerorts Gemeindewahlen statt. Die EVP will auch dieses Jahr wieder zulegen und kämpft um zusätzliche Gemeinderats-, Parlaments- und Kommissionssitze. In mehreren Gemeinden treten EVP-Exponenten zudem für das Gemeindepräsidium an.

Im vergangenen Herbst verpasste die EVP das zweite Nationalratsmandat leider hauchdünn, die zusätzlichen Wählerinnen und Wähler – plus 19 Prozent! – sind aber Auftrag und Ermutigung für die kommenden Gemeindewahlen. In nicht weniger als 21 Gemeinden nimmt die EVP heuer an Wahlen teil, darunter auch in mindestens drei neuen Gemeinden. In einer ersten Runde werden in Biel, Bolligen, Heimberg, Huttwil, Ittigen, Langenthal, Meikirch und Spiez die Behördenmitglieder neu gewählt.



Paul Blösch

28. September: Biel

Der Auftakt zu den Gemeindewahlen 2008 macht die Stadt Biel. In der Uhrenmetropole finden am 28. September die Gesamterneuerungswahlen der städtischen Behörden statt. Erklärtes Ziel der EVP Biel ist der Gewinn eines zusätzlichen Mandates im Stadtrat. Dank der vollen



Christian Löffel

Liste mit engagierten Kandidatinnen und Kandidaten und den beiden Bisherigen Paul Blösch und Christian Löffel an der Spitze ist ein Wahlerfolg der EVP in Reichweite. Vor vier Jahren wurde der dritte Sitz nur knapp verfehlt.

19. Oktober: Huttwil

Die Gemeindewahlen in Huttwil finden am 19. Okt. statt. Die EVP will mit Spitzenkandidat Jürg Hostettler erstmals in den Gemeinderat einziehen. Unterstützt wird der Ortsparteipräsident durch eine volle Liste mit jungen und motivierten Kandidierenden. Ein weiteres Ziel der EVP Huttwil ist der Gewinn zusätzlicher Kommissionssitze.



Jürg Hostettler

26. Oktober: Langenthal

Am 26. Oktober folgen die Wahlen in Langenthal. Die starke Langenthaler Ortspartei will den Sitz von Gemeinderätin und Departementsvorsteherin Kultur und Sport Paula Schaub



Paula Schaub



Michèle Rentsch

verteidigen sowie im Parlament einen Sitz dazu gewinnen. Für die Stadtratswahlen tritt die EVP erstmals mit zwei Listen an, was wohl nicht nur für Langenthal ein Novum darstellt. 20 Kandidierende auf der EVP-Liste – darunter die Bisherigen Michèle Rentsch-Ryf, Daniel

Rüegger und Daniel Steiner-Brütsch – sowie 11 weitere Kandidierende auf der *jev-Liste kämpfen für einen Zuwachs in der EVP-Fraktion.

26. Oktober: Heimberg

In Heimberg peilt die EVP erstmals einen Gemeinderatssitz an. Mit Patricia von Känel konnte eine kompetente und sehr motivierte Spitzenkandidatin gewonnen werden. Gemeinsam mit fünf weiteren starken Kandidatinnen und Kandidaten kämpft sie um den Einzug in die Exekutive. Neben einem Gemeinderatsmandat werden ebenso weitere Kommissionssitze angestrebt.



Patrizia von Känel

Fortsetzung mit Spiez, Bolligen, Meikirch auf Seite 2

2. November: Spiez

Die Wahlen in Spiez finden am 2. November statt. Erklärtes Ziel ist die Wiederwahl von Gemeinderätin und Departementsvorsteherin



Ursula Erni

Soziales Ursula Erni-Reusser. Weiter wird ein zusätzlicher Sitz im Grossen Gemeinderat angestrebt. Die EVP-Liste mit den Bisherigen Godi Bärtschi, Andreas Bürki-Huggler und Markus Kiener an vorderster Front hat aussichtsreiche Chancen auf einen Sitzgewinn.

9. November: Bolligen, Ittigen und Meikirch

Am 9. November folgen die Wahlen in Bolligen, Ittigen und Meikirch.

EVP Bolligen

Mit Pia Infanger verteidigen wir den Sitz in der Oberstufenkommission. Sie ist auch unsere Spitzenkandidatin für den fünfköpfigen Gemeinderat. Dazu reichen wir Listen für die Primarschul- sowie die Sozial- und Fürsorgekommission ein. Mit insgesamt 13 Kandidie-



Pia Infanger

renden, davon 8 Frauen und dem Durchschnittsalter: 38 Jahre jung!, rechnen wir uns gute Chancen aus, neue Vertretungen in den Kommissionen und allenfalls auch im Gemeinderat zu erringen. EVP – für eine familienfreundliche Familienpolitik in Bolligen.

In **Ittigen** kämpft die EVP mit Gemeinderat Lukas Baumgartner gar um das Gemeindepräsidium. Er fordert den langjährigen Amtsinhaber Beat Giauque von der Bürgervereinigung heraus und ermöglicht somit echte Wahlen. «Die Zeit ist reif für neue Ideen und mehr Vielfalt in der Ittigger Politik», ist Lukas Baumgartner überzeugt. Der Departementsvorsteher Gesundheit und Soziales stellt sich zudem zur Wiederwahl als Gemeinderat zur Verfügung. Vor vier Jahren gewann die EVP Ittigen erstmals einen Sitz in der Exekutive.

Ebenso vor vier Jahren zog in **Meikirch** die EVP zum ersten Mal in den Gemeinderat ein. Die auf die Gemeindewahlen 2004 hin neu gegründete Ortspartei konnte auf Anhieb einen Sitz gewinnen. Erklärtes Ziel der Ortspartei ist die Wiederwahl von Gemeinderätin und Baudepartementsvorsteherin Anna Benker. Sie wird durch eine volle Liste mit engagierten Kandidatinnen und Kandidaten unterstützt.



Anna Benker

Lebenshilfe statt Beihilfe zum Suizid bieten

Ein neues Positionspapier hält die Grundsätze der EVP zur Beihilfe zum Suizid fest: diese ist zu verbieten und stattdessen die Palliative Care massiv auszubauen.

Für die EVP steht fest: Die Beihilfe zum Suizid ist zu verbieten. Das menschliche Leben dauert von der Zeugung bis zum Tod. Es liegt nicht am Menschen, das Ende dieses Lebens zu bestimmen. Das ist allein dem Schöpfer vorbehalten.

Gleichzeitig muss die Palliative Care massiv ausgebaut werden. Nur so wird ein Sterben in Würde ohne unerträgliche körperliche und seelische Qualen möglich. Erfahrungsgemäss steigt die Lebensqualität entscheidend, wenn Patienten ausreichend palliativ betreut werden. Dadurch verschwinden die Angst vor dem Tod und der Todeswunsch oft. Ein neues Positionspapier hält diese Grundsätze der EVP zur Beihilfe zum Suizid fest und erläutert sie.

EVP FREIBURG

Erfolgreiches Jahr

Die EVP Freiburg freut sich über die vielen jungen Schwesterparteien in der Westschweiz. So wurden im ersten halben Jahr 2008 die Kontakte zu den Kantonalparteien der Romandie intensiver gepflegt.

An der Jahresversammlung am 17. April in Freiburg sprach Didier Rochat aus Neuenburg über seine Erfahrungen als christlicher Gemeindepolitiker. Der Vorstand wurde glanzvoll wiedergewählt. Susanne Rüfenacht, Murten ist weiterhin Präsidentin der EVP Freiburg. Der Vorstand setzt sich weiter aus Regula Schneider-Minder, Murten, Thomas Dummermuth, Freiburg, Hanspeter Plüss, Düdingen und neu Lukas Rentsch, Murten zusammen. Daniel de Roche ist weiterhin Beisitzer als Grossrat.

Kantonales Bürgerrechtsgesetz

Im Kanton Freiburg kam es am 1. Juni zu einer spannenden Volksabstimmung. Neben der eidgenössischen Vorlage zur Einbürgerung mussten die Freiburger Stimmberechtigten über ein Gesetz auf kantonaler Ebene befinden, das den Gemeinderäten (Exekutiven) die Entscheidung zur Einbürgerung überlassen wollte. Auf der Grundlage der Bibel und von einem christlichen Menschbild her verdient der Fremde Schutz und Rechtssicherheit. Bei Entscheidungen von Gemeindeexekutiven ist dieser Schutz eher gewährleistet als bei Abstimmungen in Gemein-

deversammlungen. Das Freiburger Stimmvolk unterstützte die Haltung der EVP und der meisten anderen Parteien mit fast 60% Ja-Stimmen.

Kantonales Gesetz zum Passivrauchen

Damit den Restaurantbesuchern und -besucherinnen nicht die Luft ausgeht, wird das Rauchen in öffentlichen Räumen mehr und mehr eingeschränkt. Im Kanton Freiburg wird am 30. November 2008 über eine kantonale Initiative zum Passivrauchen abgestimmt. Die EVP präsidierte die parlamentarische Kommission im Grossen Rat, welche die Initiative und den Gegenvorschlag des Staatsrates behandelte. Die Initiative sieht auf Verfassungsebene ein totales Rauchverbot in öffentlichen Räumen vor. Die EVP unterstützt dieses Rauchverbot. Der Staatsrat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der wie auf Bundesebene sogenannte «Fumoirs» vorsieht. Aber im Gegensatz zum Vorschlag auf Bundesebene darf in diesen «Fumoirs» nicht gearbeitet und damit in den Gaststätten nicht bedient werden. In der Kantonalen Volksabstimmung wird dann ein doppeltes Ja möglich sein mit der Eventualfrage, welcher Lösung man im Fall von einem doppelten Ja zustimmen würde. Alle Volksabstimmungen über diese Frage haben deutliche Mehrheiten für strenge und restriktive Lösungen gebracht. Zuletzt war dies im Kanton Genf der Fall. Im Kanton Freiburg wird es kaum anders sein.

AUGENBLICK

Real Life – Wirkliches Leben

Das Weckgeräusch am Morgen setzt mich wieder in die Realität eines neuen Tages, obschon dieser bereits sieben Stunden alt ist.



Martin Trachsel

Im Tagesverlauf lese ich Mails, begegne Menschen, telefoniere oder erhalte SMS. Der Newsticker oder der Radiomoderator berichtet, was gerade in der Welt passiert. Während der Kaffeepause informiert mich die Tageszeitung über das politische Geschehen in der Stadt Bern. Nach

einem erfüllten Arbeitstag schweifen die Gedanken mit dem Tagesschausprecher quer durch die Welt und heute im Besondern nach China zu den Olympischen Spielen. Die Gedanken bleiben einen Moment hängen, und in inneren Bildern sehe ich die seit Wochen erhaltenen Informationen über China. Draussen regnet es, ein Regenbogen spannt sich über Bern. Was ist wirkliches Leben? Welches Leben lebe ich oder werde ich gelebt? Ist es möglich, das Leben zu zerlegen in wirkliches und unwirkliches Leben? Real Life ist als Begriff in der Cyberwelt (Internet, Chaträume, Second Life) entstanden. Der Begriff Real Life verwendet man in der Computerszene als Begriff für das Leben eines Menschen ausserhalb seiner Tätigkeit in einer Gruppe gleichgesinnter Computerinteressierter.

Die Begriffe sind insofern paradox, als dass scheinbar ein reales Leben von einem irrealen, «virtuellen» oder «fiktiven» Leben abgegrenzt wird. Allerdings sind Tätigkeiten und kommunikative Akte, die in computerbasierten Medien stattfinden, natürlich genauso real wie andere Tätigkeiten auch. Die Gefahr besteht, dass Menschen versuchen, eigene Welten zu schaffen, Welten in denen sie den alltäglichen Mühen und Sorgen entfliehen können. Als Christ will ich mich nicht entziehen. Gott ist nicht real sichtbar, aber spürbar. Mein Leben gilt der Welt als Reich Gottes, mit all ihren Facetten. Ich halte es mit dem Theologen Leonhard Ragaz: Das Reich Gottes ist zwar «nicht von dieser Welt» (Johannes 18,36), aber es ist eine Verheissung für diese Welt. Wir Menschen sind aufgerufen, ihm den Weg zu bereiten. Ragaz schreibt dazu in seinem Bibelwerk: «Schon das Kommen des Reiches ist auch Sache des Menschen. Es ist gerüstet, es wird angeboten, aber es kommt nicht, wenn nicht Menschen da sind, die darauf warten, die darum bitten, die für sein Kommen arbeiten, kämpfen, leiden.» Viele schöne Erlebnisse und Begegnungen im wirklichen, realen Leben!

Martin Trachsel, Realer EVP-Stadtrat Bern
Real verheiratet und Vater zweier Söhne
Real Heimleiter Cevi-Lehrlingshaus und
-Kindertagesstätte
Real Studierender Berner FH,
EMBA Public Management

ANZEIGE

www.livenetch...belebt!

News • Agenda • Forum
Gebet • Jobs • Kontakte
Adressen • Webhosting

Livenet.ch – Internetportal für engagierte Christen Jesus.ch – Infoseite für am Glauben Interessierte

ÜBER DEN GARTENZAUN

Mindestpreis für Zigaretten – Mehr Geld für die Suizidprävention

Zum Abschluss der Sommersession hat EVP-Nationalrat Walter Donzé zwei Vorstösse zur Tabak- und Suizidprävention eingereicht: Zum einen regt er einen Mindestpreis für Zigaretten an, zum anderen möchte Donzé die Mittel im Rahmen des vorgesehenen Präventionsgesetzes zugunsten der Suizidprävention neu verteilen.

Mit der Motion «Zigarettenpreise: Stopp der Verführung» beauftragt Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) den Bundesrat, die «Tabakgesetzgebung zum Schutz Jugendlicher zu ergänzen. Dies könnte durch ein Verbot von Lockvogelangeboten und Promotionsaktionen geschehen. Die Einführung eines Mindestpreises ist ebenfalls zu erwägen.» Aus Donzès Begründung: «Erwiesenermassen hat der Zigarettenpreis direkten Einfluss auf den Konsum, ganz besonders bei Jugendlichen. Der Jugendschutz bei Alkohol und Tabak funktioniert nicht. Altersgrenzen beim Verkauf werden nicht eingehalten. Promotionsaktionen, zum Beispiel in Kiosken oder bei Grossveranstaltungen, sowie Lockvogelangebote in Einkaufszentren bringen Jugendliche und Ältere in Versuchung. Auf die Erhöhung der Tabaksteuer reagierte der Markt mit Preissenkungen. In den Jahren 2006 und 2007 wurden im Niedrigpreis-Segment 33 neue Zigarettenmarken eingeführt. Die Anbieter sind nach wie vor in der Lage, ihre Marge zur Ankurbelung des Umsatzes zu senken. Mit Billigangeboten für Zigaretten werden an Standaktionen neue Kunden gewonnen und damit der Konsum angeheizt. Das ist nicht im Interesse der Volksgesundheit. Diese soll nicht dem Kommerz geopfert werden. Lösungen gibt es, auch ohne Steuerausfälle und Schmuggelgefahr. Falls

ein Mindestpreis (der noch zu definieren wäre) tatsächlich verfassungswidrig wäre, müssten wenigstens Tiefpreisaktionen verboten werden.» Mit einer zweiten Motion «Neuverteilung der Bundesmittel für Prävention» will EVP-Nationalrat Walter Donzé erreichen, dass im Rahmen des vorgesehenen Präventionsgesetzes mehr Mittel für die Suizidprävention zur Verfügung stehen. Aus Donzès Begründung: «In der Vorbereitung einer neuen Gesetzgebung ist vorgesehen, Präventionsanstrengungen besser auf die brennenden gesellschaftlichen Probleme auszurichten. Dabei ist Verhältnismässigkeit angesagt, was zu einer Neuverteilung der Mittel führen kann. Eine Evaluation und neue Fokussierung scheint nötig. Wäre im Verhältnis zu den Todesfällen Suizidprävention nicht ebenso angemessen wie die Warnung vor Aids oder dem Drogenelend? Aufgrund des Auftrags an das Bundesamt für Gesundheit vom Mai 2005 dürften die wissenschaftlichen Datengrundlagen vorliegen. Nun gilt es, die spezialgesetzlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Prävention seitens des Bundes zu schaffen.»

Neues Lied für «Euses Land»

Sämi Richner hat einen Vorschlag für eine neue Nationalhymne: das Lied «Euses Land» von Markus Hottiger und Markus Heusser. Der aktuelle Schweizerpsalm werde wegen seiner veralteten Sprache schlecht verstanden und deshalb auch nicht gerne gesungen. «Euses Land brucht neue Glaube, es brucht e neu Vision», wäre hingegen die richtige Botschaft, meint EVP-Grossrat Sämi Richner.

ANZEIGE

Der starke Personalverband

BSPV – Bernischer Staatspersonalverband

BSPV



Erste Rechtshilfe und mehr!

Wir beraten Sie gerne:
www.bspv.ch, 031 311 11 66.

ANZEIGE

Wollten Sie schon immer mal ein Buch oder eine CD herausgeben?



Tel./Fax 033 336 00 36
www.mosaicstones.ch

MOSAICSTONES, Ihr Verlagspartner für wertorientierte Medien!

Ursula Erni-Reusser, Spiez

Die im Oberland aufgewachsene Ursula Erni fand in Baden/Wettingen dank ihrer geistigen Heimat, der Evang.-methodistischen Kirche, den Zugang zur EVP.



Seit 2 Jahren bist du Gemeinderätin in Spiez, wie kam es dazu?

Seit unserem Umzug nach Spiez arbeite ich im Vorstand der EVP-Ortspartei mit. 2003 wurde ich ins Gemeindeparlament gewählt und habe 2006 nach dem unvorhergesehenen Rücktritt einer EVP-Frau im Gemeinderat das Ressort Soziales übernommen.

Die Sozialabteilungen sind doch sehr arbeitsaufwändig?

Ein Gemeinderatsmandat entspricht ungefähr einer 25-Prozent-Stelle. Das vielseitige Ressort Soziales fordert aber einen weit grösseren Einsatz. Diesen Mehraufwand betrachte ich als einen Teil meiner Freiwilligenarbeit. Wenn nicht mein Ehemann Martin mit seinem Einkommen unsere Familie finanziell tragen könnte, wäre es mir nicht möglich, diese politische Aufgabe auszuführen.

Gibt es denn in Spiez so viele Fälle?

Entscheidend ist nicht die Anzahl der Fälle. Bei den Sozialen Diensten Spiez handelt es sich um einen regionalen Sozialdienst im Amt Niedersimmental mit städtischen und ländlichen Mentalitäten, was viel Einfühlungsvermögen voraussetzt. Die Sozialkommission Spiez ist für die angeschlossenen Gemeinden die zuständige Sozialhilfebehörde. Für unsere Gemeinde ist sie zusätzlich verantwortlich für die vormundschaftlichen Aufgaben, für die Kinder- und Jugend-

arbeit, für Alters- und Integrationsfragen und für die geplante Schulsozialarbeit. Viele Alleinerziehende wohnen in unserer Gemeinde, weil sie hier bessere Existenzbedingungen finden wie Kindertagesstätte, Tageselternvermittlung, Mittagstisch und Aufgabenhilfe. Diese schul- und familienergänzenden Angebote bedingen eine gute Zusammenarbeit mit dem Ressort Bildung. Dank dieser und anderen Vernetzungsmöglichkeiten können in der Gesundheits- und Suchtprävention frühzeitig geeignete Massnahmen umgesetzt werden, was mir ein besonders wichtiges Anliegen ist.

Wie schaffst du bei diesem zeitaufwändigen Engagement für die Politik dein privates Leben?

Vor der Zusage hat mir meine ganze Familie ihre Unterstützung zugesichert. Die Kinder (Joel 20 und Anja 18) sind heute weitgehend selbstständig. Deshalb ist es mir möglich, mich für dieses Amt einzusetzen. Daneben versuche ich mich beim Velofahren, Wasserjogging und Wandern so viel wie möglich zu bewegen. Gegenwärtig bin ich auch daran, die Weiterbildung zur Sozialmanagerin abzuschliessen.

Sozialmanagerin – das tönt nach einem Unwort.

Getragen von der Stiftung Wendepunkt, bietet die Fachschule für Sozialmanagement ein einmaliges Weiterbildungsangebot in den Bereichen Sozialarbeit, Management und Theologie an. Um in der zunehmenden Komplexität sozialer Bedürfnisse und Hilfsangebote wirkungsvoll agieren zu können, braucht es gut ausgebildete Sozialmanager/innen. Diese Berufsbezeichnung bringt zwei Welten zusammen, die heute leider oft getrennt sind. Sozialmanager engagieren sich als gute Verwalter (Manager) der Gaben Gottes für den Nächsten und für die Gesellschaft. Mit dieser «Generalisten»-Ausbildung lässt sich ein guter Rucksack mit theoretischen und praktischen Fähigkeiten erwerben, welche ermöglichen, Menschen zu führen, Projekte zu planen und durchzuführen.

Franz von Assisi hat gesagt: «Predige so gut du kannst, und wenn nötig, gebrauche Worte!» Dieses Zitat prägt die Fachschule für Sozialmanagement und ist auch eines meiner wichtigsten Leitmotive.

Ursula Erni, im November sind Wahlen. Mit deinem lebendigen Engagement, deiner Weitsicht im Grossen, der Anteilnahme im Kleinen und dem Rüstzeug der Ausbildung kann sich Spiez nur deine Wiederwahl wünschen.

Interview: Peter Wichteremann, Grosshöchstetten

BUNDESHAUSPOST

Einsatz für verfolgte Christinnen und Christen

EVP-Nationalrat Walter Donzé hat anlässlich einer Kundgebung zum Thema «Verfolgte Christen» eine Interpellation an den Bundesrat gerichtet und bittet diesen insbesondere um die Beantwortung folgender Fragen:



Walter Donzé

- Der Bundesrat verweist im Zusammenhang mit der Problematik verfolgter Christen jeweils auf seine integrale Menschenrechtspolitik. In welchen konkreten Beispielen hat sich der Bundesrat in bilateralen oder multilateralen Gesprächen im Speziellen zugunsten von verfolgten Christen eingesetzt?
- Über welche Druckmassnahmen verfügt der Bundesrat bzw. die Schweiz, um Forderungen nach verstärktem Schutz von aus religiösen Gründen Verfolgten gegenüber Drittstaaten durchzusetzen?
- Ist der Bundesrat bereit, wirtschaftliche Sanktionen gegenüber einem Staat mit offensichtlichen Verletzungen der Religionsfreiheit in Betracht zu ziehen?
- Ist der Bundesrat bereit, ausserhalb des normalen Asylverfahrens ein zusätzliches Kontingent für aus religiösen Gründen Verfolgte (insbesondere verfolgte Christen) zu schaffen?
- Inwiefern wirkt die Schweizer Vertretung im UNO-Menschenrechtsrat auf die Verurteilung

von Ländern hin, in denen Menschen aufgrund ihres christlichen Glaubens verfolgt werden?

Die EVP setzt sich seit langem für verfolgte Christinnen und Christen in aller Welt ein und macht auf ihr Schicksal aufmerksam. In diesem Zusammenhang sei an die folgenden EVP-Vorstösse erinnert:

- Anfrage 90.5305 Zwyzgart: Christenverfolgung in der Türkei. Asylaufnahmepaxis.
- Anfrage 93.1099 Zwyzgart: Einschränkung der Rechte der Armenier in der Türkei
- Anfrage 94.5128 Sieber: Bürgerkrieg im Sudan
- Interpellation 00.3115 Studer: Verfolgung von Christen in aller Welt
- Anfrage 06.1016 Studer: Christ droht in Afghanistan die Todesstrafe
- Anfrage 07.1076 Studer: Christenverfolgung im Irak

Zusätzlich hat die EVP Schweiz im April 2008 den Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz in einem offenen Brief dazu aufgefordert, sich in den Mitgliedstaaten der OIC für die Religionsfreiheit einzusetzen. Hintergrund dazu war seine Kritik an der Minarettinitiative. Dass die OIC von der Schweiz jedoch ein Grundrecht eingefordert hat, welches ihre Mitgliedstaaten nicht zu gewähren bereit sind, hat die EVP sehr befremdet und ist für die EVP inakzeptabel. Eine Antwort auf den Brief, der in Kopie auch ans EDA gegangen ist, steht bis heute aus.

Vorbeugen ist besser als heilen!

EVP-Nationalrat Walter Donzé meint: Vorbeugen ist besser als heilen. Und setzt sich ein für eine bessere Prävention.

Nachsicht ist gut. Vorausschauen ist besser. Und Vorbeugen ist besser als heilen. Der Begriff Prävention kommt vom lateinischen «praevenire», was mit zuvorkommen oder verhüten umschrieben werden kann. Man spricht allgemein von Suchtprävention, Krisenprävention, Konfliktprävention, Gewaltprävention ...

Wenn der Staat von Prävention spricht, geht es meist um Schadensbegrenzung. Noch Schlimmeres soll vermieden werden. Er soll ja so wenig wie möglich in die Privatsphäre des Bürgers eindringen. Doch wie geht man das an?

Ich leide mit, wenn mir Jugendliche sagen: «Hätte ich doch nie mit Rauchen angefangen!». Ich frage mich, was die Gesellschaft falsch macht, wenn Schulabgänger ihr Diplom mit einer sinnlosen Sauferei feiern. Ich fühle mit den Eltern, wenn sich ihre pubertierenden Zöglinge gegen jede Autorität auflehnen und dabei in schlechte Gesellschaft geraten und allerlei Dummheiten anstellen. Ist es unvermeidlich, dass sie sich in den Scheinwelten von Alkohol, Tabak, Haschisch, harten Drogen, Cybergewalt, Sex und Pornografie verlieren? Niemand kann ihnen das im Ernst wünschen!

Und die Welt der Erwachsenen? Als Gemeinderat scheiterte mein Präventionsprogramm an der Weigerung der Lehrkräfte, in den Pausen aufs Rauchen zu verzichten. Wie sagte einer doch: «Es nützt nichts, die Kinder zu erziehen; sie ahmen einen doch nach!» Da hatte ich einen Bürger so weit, dass er sich einem Alkoholentzug stellte. Freudig berichtete er mir, er hätte mit seinen Fortschritten bereits



Für (fast) alles gibts ein Heilkraut in der Natur, die Kerbel, eine Heilpflanze gegen allerlei Leiden, auch hier ist vorbeugen besser als heilen.

das Jagdpatent erspart. Leider wurde er von seinen «Freunden» wieder zum Trinken verführt, und es wurde mit ihm schlimmer als zuvor.

Die teuerste Prävention ist nicht unbedingt die beste. (Zu) viel Aufklärung kann den Appetit aufs Ausprobieren wecken. Immer stärkere Botschaften – ich denke an die Entwicklung der Aids-Plakate – können wie ein Bumerang auf die Gesellschaft zurückfallen. Der Bundesrat will noch in dieser Legislatur ein Präventionsgesetz schaffen. Die Diskussion wird spannend! Kann man der wachsenden Jugendgewalt mit mehr Polizeipräsenz und mit Pauschalisierungen (immer diese Ausländer!) begegnen? Nützen immer engmaschigere Vorschriften, Kontrollen und Strafen? Oder soll man den Kampf lieber aufgeben und alles legalisieren? Reicht der Appell an die Eigenverantwortung aus? Oder müsste nicht mehr «vorausgeschaut» werden, um dem Problem «zuvorzukommen»?

Gehen wir als Eltern mit dem guten Beispiel voran? Schenken wir unseren Kindern Zeit und Gehör? «Motivation ist Sinngebung», sagte einmal Bundesrat Kaspar Villiger. Der Satz ist bei mir hängen geblieben. Wir diskutieren über Integration von Ausländern. Fängt es nicht damit an, dass wir sie akzeptieren und ihnen eine Chance einräumen?! Und was das Suchtverhalten betrifft: Warum nicht gemeinsam eine Abstinenz auf Zeit abmachen? Das kann eine tolle Erfahrung werden!

Viel wird davon abhängen, auf welchen Grundsätzen das neue Präventionsgesetz ruht. Mit einem Vorstoss möchte ich die Bundesgelder neu verteilen. Es gibt mehr Todesfälle durch Suizid als durch Aids! Ein weites Feld für Ermutigung, Sinngebung und Begleitung!

Meine Vorstösse zum Tabakmindestpreis lösten einen Kampf hinter den Kulissen aus. Dem Gesundheits-Anliegen stellen sich handfeste Interessen der Wirtschaft und (sogar) der Bundeskasse (Steuererträge!) entgegen. Ich setze nicht bei Verboten an, sondern bei den Anbietern: Lockvogel- und Promotionsangebote sollten unterbunden werden, und ein Mindestpreis für Zigaretten wäre immer noch das wirksamste Mittel gegen den Früheinstieg!

Ob ich nicht manchmal Angst hätte, dass gewisse Probleme überhaupt nicht gelöst werden können, und weshalb ich trotzdem Hoffnung hätte, fragte man mich dieser Tage. Gewisse Probleme können nicht vom Staat gelöst werden. Gesetze sind nicht mehr als Leitplanken. Moral kommt von innen. Die Ehrfurcht vor Gott und seinen Geboten würde uns sehr viel weiter helfen. Und Hoffnung habe ich, weil Gott die Menschen nicht aufgegeben hat.

GEMEINDEWAHLEN STEFFISBURG

Interview mit Lorenz Kopp

Warum kandidierst du als GP? Wie kam es dazu?

Weil ich gerne mit meinen Fähigkeiten, meiner Energie und meiner christlichen Werteorientierung einen Beitrag leisten möchte, «der Stadt Bestes zu suchen». Die Politik prägt viele Bereiche des öffentlichen Lebens, verwaltet (einen Teil der) Steuergelder und hilft mit, Konflikte zu lösen. Da will ich dabei sein – wenn möglich als Gemeindepräsident.

Warum sollte man dich wählen?

Weil ich in Bezug auf das Anforderungsprofil, das der bisherige Gemeindepräsident mit «Politiker, Unternehmer und Beamter» umschrieben hat, einiges mitbringe. Politische Themen interessieren mich seit vielen Jahren, Unternehmerisch handeln gehört zu meinem beruflichen Alltag: ich leite ein Profitcenter der Post und bin Betriebsökonom HWV. Beamtenmentalität im positiven Sinn (der Öffentlichkeit dienen) ist eine wesentliche Grundlage meiner Arbeit und gehört zum Selbstverständnis der Post, bei der ich seit 20 Jahren arbeite (davon einige Jahre als «richtiger» Beamter).

Wie sieht das Pensum des GP aus? Vollmandat? Würdest du deinen Beruf aufgeben müssen?

In Steffisburg ist das Gemeindepräsidium ein

Vollmandat. Ich müsste also meine bisherige Arbeit aufgeben und auf Gott vertrauen, dass ich bei kommenden Erneuerungswahlen wiedergewählt werde oder im Falle eines freiwilligen Rücktritts Gott für mich eine neue Aufgabe bereit haben wird.

Was sind Deine wichtigsten Anliegen?

Meine wichtigsten Anliegen sind die hohe Lebensqualität zu erhalten, die Zusammenarbeit zwischen den vielen gesellschaftsrelevanten Gruppen zu fördern (Mitverantwortung stärken), eine effiziente und freundliche Gemeindeverwaltung sicher zu stellen und Steffisburg in der Region und im Kanton Bern überzeugend zu vertreten.

Wie siehst Du Deine Chancen?

Das ist sehr schwierig einzuschätzen. Ich glaube nicht gerade «keine Chancen» zu haben, bin aber sicher auch nicht Favorit. Aber: Gott setzt Regierungen ein und ab ...

Was sind die grössten Hürden und Aufgaben in nächster Zeit?

Meine Zeit richtig einzuteilen.



Lorenz Kopp

UEFA soll gefälligst Steuern bezahlen

Die UEFA erwirtschaftet über eine Milliarde Gewinn aus der EURO 08, während die öffentliche Hand zusätzliche Kosten von rund 180 Millionen Franken berappen muss. «Gewinne privat – die Kosten dem Staat» ist ein altes Lied. Dass die privaten Gewinne nicht mal versteuert werden, ist hingegen neu – und eine bodenlose Frechheit. Jetzt stellt EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH) den Bundesrat zur Rede.

Über 1 Milliarde Franken Gewinn hat die in Nyon VD ansässige UEFA anlässlich der EURO 08 eingestrichen – und wegen ihrer Anerkennung als gemeinnützige Organisation nicht versteuern müssen. Stattdessen wird sie nur einen tiefen zweistelligen Millionenbetrag an Steuern und Abgaben (z. B. für die Benützung von Stadien und Infrastruktur) abliefern. «Würde die UEFA für ihre wirtschaftliche Tätigkeit wie ein normales Unternehmen besteuert, hätte sie rund zehnmal mehr, nämlich geschätzte 200 bis 300 Millionen Franken Steuern zu entrichten», rechnet EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher vor. Auf der anderen Seite müssen der Bund, die Kantone und die Austragungsorte im Zusammenhang mit der EURO 08 zusätzliche Kosten und Aufwendungen im Umfang von rund 180 Millionen Franken tragen. «Die Kosten dem Staat, die Gewinne privat – und erst noch steuerfrei? So geht das ja wohl nicht», ärgert

sich Aeschbacher, zumal die UEFA den Fussball praktisch als Privatgut betrachte und entsprechend konsequent vermarkte.

Aeschbacher bat den Bundesrat in einer Interpellation deshalb um Antwort auf die folgenden Fragen:

- Wer hat die Steuerbefreiung der UEFA verfügt und wer hat die Konstruktion mit den Tochterfirmen, welche die UEFA für Vermarktung und Durchführung der EURO 08 gegründet hat, als gemeinnützig anerkannt?
- Bund, Kantone und Austragungsorte der EURO 08 tragen Kosten von rund 180 Millionen Franken. Die UEFA vermarktet die EURO 08 wie ein wirtschaftliches Unternehmen umfassend und erwartet dadurch einen Milliarden Gewinn. Findet es der Bundesrat angemessen und vertretbar, wenn trotzdem die UEFA und ihre wirtschaftlich und gewinnorientiert arbeitenden Töchter steuerbefreit sind und damit der öffentlichen Hand Einnahmen von mehreren hundert Millionen Franken entgehen?
- Milliarden Gewinn für die UEFA – die Lasten dem Staat: Hat der Bundesrat Verständnis für die entsprechende Empörung in der Bevölkerung und ist er bereit, die Situation generell zu überprüfen, und zwar auch bezüglich der anderen in der Schweiz ansässigen internationalen Sportorganisationen?

GROSSRATSPOST

Daniel Steiner-Brütsch ersetzt Erwin Sommer im Grossen Rat

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat vom Rücktritt von Grossrat Erwin Sommer (EVP, Melchnau) auf Ende der Junisession 2008 Kenntnis genommen. An seiner Stelle nimmt neu Daniel Steiner-Brütsch (Langenthal) im Grossen Rat Einsitz.

Daniel Steiner-Brütsch (35) ist seit 2005 Mitglied des Stadtrates von Langenthal und Präsident der EVP Langenthal. Privat ist Daniel Steiner-Brütsch mit Maria Steiner-Brütsch, Primarlehrerin, verheiratet und Vater von drei Kindern. Nach dem Besuch des Staatlichen Seminars Langenthal arbeitete Steiner als Primarlehrer an einer Realklasse in Schwanden (Sigriswil). Parallel dazu studierte er als Werkstudent an der Universität Bern Mathematik, Geografie



Daniel Steiner

und Informatik, wo er 2005 als Dr. phil.-nat. abschloss. Von 1999–2005 war Daniel Steiner-Brütsch als Gymnasiallehrer für Mathematik und Informatik am Bildungszentrum Langenthal (bzL) tätig. Seit zweieinhalb Jahren arbeitet Daniel Steiner-Brütsch als Dozent für Mathematik an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH). Daniel Steiner-Brütsch hat sich während zehn Jahren in kantonalen Gremien des Cevi Region Bern engagiert. Aufgrund der eigenen Biografie und Erfahrungshintergrund liegen Daniel Steiner-Brütsch Fragen der Familien-, Jugend- und Bildungspolitik am Herzen.



Hans Kipfer

Hans Kipfer ersetzt Grossrat Walter Bieri

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat Hans Kipfer (EVP, Thun) als neues Mitglieder des Grossen Rates bestätigt. Er ist erster Ersatz auf den EVP-Liste und ersetzt Walter Bieri (Goldwil), welcher per 30. April 2008 zurückgetreten ist. Wir wünschen Grossrat Hans Kipfer in seiner neuen Aufgabe Gottes Segen, viel Freude und Gewinn.

ANZEIGEN / IMPRESSUM

Einkaufen für einen guten Zweck!
www.TextundTon.ch
 Alle im Buchhandel erhältlichen Medien.
 Ab 75 CHF Bestellwert portofrei!

IMPRESSUM
 www.evp-be.ch, www.pev-be.ch
 evp.kanton.bern@schweiz.org

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.–; Freunde/Gönner: Fr. 3.–; Postscheck 30-20312-1 (EVP)

Redaktionsadresse:
 Dieter Rohrbach, Aussenmattweg 15, 3714 Frutigen,
 Tel. 033 534 02 57, E-Mail: d.rohrbach@switzerland.org

Inserate: Dieter Rohrbach, E-Mail:
 d.rohrbach@switzerland.org.
 Verlangen Sie unsere Mediendaten.

Gestaltung: Ernst Josi, Frutigen; Druck: Jordi, Belp

Adressänderungen:
 Bitte an untenstehende Adresse senden (möglichst schriftlich oder via E-Mail).

Geschäftsstelle:
 EVP des Kantons Bern, Postfach, 3000 Bern 7.
 Tel.: 031 352 60 61, Fax: 031 352 60 74

Öffnungszeiten:
 Di: 09.00–12.00; 14.00–18.00, (20.00–22.00 für Ortsparteien)
 Mi: 09.00–12.00; 14.00–16.00
 Do: 14.00–18.00;
 Fr: 09.00–12.00

Der Herr ist nahe allen, die ihn ehrlich anrufen.

Die Bibel: Psalm 145,18

Ethik-Preis für Markus Wenger

EVP-Politiker Markus Wenger ist für sein soziales Engagement als Unternehmer mit dem Swiss Award for Business Ethics 08 ausgezeichnet worden.



Markus Wenger

Nachdem EVP-Grossrat Josef Jenni von der Firma Jenni Energietechnik AG in Oberburg im Januar mit dem Prix Watt d'Or des Bundesamtes für Energie ausgezeichnet worden ist, kommt erneut ein Unternehmer aus der EVP in die Ränge: die Fensterbauerin A. + E. Wenger AG aus dem bernischen Wimmis gewinnt den diesjährigen Swiss Award for Business Ethics. Der Preis wurde dem von Markus Wenger zusammen mit seinem Bruder und seinem Cousin in dritter Generation geführten Familienbetrieb für sein soziales Engagement verliehen: seit Jahren beschäftigt die Wenger AG Mitarbeitende mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen und sei so das Risiko eingegangen, in einer anspruchsvollen Branche an Wettbewerbsfähigkeit einzubüssen,

wie es in der Begründung der Jury heisst. Damit habe die Preisträgerin im unternehmerischen Alltag Mut, Tatkraft und Herzenskultur bewiesen. Als Risiko hat Markus Wenger sein Engagement nie gesehen. Weil aber Betriebe, die sich so gesellschaftlich

engagieren, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oft benachteiligt sind, hat Wenger ein Ethik-Rating entwickelt. Dieses Werkzeug soll Gemeinden, Kantonen und Bund helfen, bei der Vergabe neben dem Preis auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

Die EVP gratuliert der Firma Wenger AG und Markus Wenger ganz herzlich zu dieser Anerkennung ihres langjährigen Engagements und hofft, dass dieses mutige Beispiel weitere Kreise zieht!

AUS REGIONEN UND GEMEINDEN

Niklaus Gfeller – Gemeindepräsident von Worb?

Niklaus Gfeller ist Gemeindepolitiker mit langjähriger Erfahrung. Als Gemeinderat steht er dem Departement Soziales vor und bekleidet das Amt des Gemeinderatsvizepräsidenten. Als Grossrat hat er auch die Verbindung zur Politik des Kantons. Der bisherige Gemeindepräsident gibt sein Amt altershalber ab.



Niklaus Gfeller

Welche Chancen hat Niklaus Gfeller als Nachfolger?

Als Vertreter der politischen Mitte bin ich von links bis rechts wählbar und durch meine bisherige politische Tätigkeit habe ich mir einen guten Bekanntheitsgrad erworben. Ich freue mich sehr, dass sich eine grosse

Anzahl von Worberinnen und Worbem aus allen politischen Lagern und aus allen Dörfern unserer Gemeinde zu einem Unterstützungskomitee zusammengeschlossen hat.

Warum sollen die Worber Niklaus Gfeller wählen?

Ich politisiere nach dem Motto «Menschen für Menschen». Politik soll dem Menschen dienen und darf nicht die Interessen von einzelnen Gruppen überbewerten. Dies ist gerade für das Amt des Gemeindepräsidenten von grosser Bedeutung. Die Anliegen des Gewerbes sind für

mich deshalb ebenso wichtig wie die Anliegen der Senioren oder der Familien. Mit meiner umfangreichen politischen Erfahrung bringe ich die nötigen Voraussetzungen für das Amt des Gemeindepräsidenten mit.

Wie werden Sie die Gemeinde führen?

Ich betrachte die Fähigkeiten und Talente unserer Bürgerinnen und Bürger als wertvolle Ressource. Ich strebe ein Klima der Kreativität und der Erneuerung an, weil damit vielversprechende Ideen aus allen Bevölkerungsschichten verwirklicht werden können. Das bewusste gemeinsame Gestalten unserer Zukunft und das Übernehmen von Verantwortung soll vielen Gemeindebürgern neue Freude bringen und persönliche Wertschätzung erfahrbar machen.

Was möchten Sie für Worb erreichen?

Mein Ziel besteht darin, dass die Lebensqualität für die jetzige und für die folgenden Generationen gesichert bleibt. Mit dem Gewachsenen und Vertrauten, mit unserer vielfältigen Landschaft und unseren Ortsbildern gehe ich behutsam um. Die wirtschaftliche Belastung für die Zukunft muss dem Vergleich mit den umliegenden Gemeinden standhalten können. Für mich stehen die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, ein ausgewogenes soziales Miteinander und erfolgreiches Wirtschaften nicht im Gegensatz zueinander.

Interview
 Peter Wichtermann, Grosshöchstetten

Warum ich bei der EVP politisiere



«Ich politisiere für die EVP, weil diese Partei hinter der Sache immer den einzelnen Menschen mit seinen Bedürfnissen sieht.»

Franziska Molina, Biel

ANZEIGE

Benachteiligte Menschen fördern und stärken.

Werden Sie jetzt TearFund-Partner!

tearfund.ch
 Hinsehen. Handeln.

Jetzt Partner werden:
 www.tearfund.ch
 044 447 4400